

Resolution der Bundesdelegiertentagung des Deutschen Hebammenverbandes e.V.

Einige hundert Hebammen des Deutschen Hebammenverbandes haben am 25. September 2008 gemeinsam mit 130 000 Beschäftigten der Krankenhäuser in Berlin für mehr Personal und für eine bessere finanzielle Ausstattung demonstriert.

Auch in den Kreißsälen gärt es, weil in zahlreichen Häusern seit langem ein echter Betreuungsnotstand besteht. Die Folgen der **Sparmaßnahmen sind für die Hebammen alarmierend**, da sie unter Arbeitsverdichtung und Überlastung leiden. Für die **gebärenden Frauen ist die Situation besorgniserregend**, da für eine gute Betreuung nicht genügend Zeit zur Verfügung steht. Unter dem Motto „Zum Geburtstag wünsche ich mir eine Hebamme – die Zeit für mich hat“ thematisiert der Hebammenverband seit Monaten die prekäre Arbeitssituation.

Bereits im Juni 2008 hatte der Deutsche Hebammenverband eine Stellungnahme zur Finanzierung der Krankenhäuser vorgelegt (anlässlich der öffentlichen Anhörung im Ausschuss für Gesundheit am 18. Juli 2008 zu den Anträgen der Oppositionsfraktionen).

Im Oktober 2008 war das Präsidium des Hebammenverbandes dann zu einem Gespräch ins Gesundheitsministerium eingeladen. Bei dieser Gelegenheit wurde auch eine ausführliche Liste mit den drängendsten Anliegen der Hebammen überreicht.

Obwohl allen politisch Verantwortlichen in der Zwischenzeit bewusst ist, dass mit den vorhandenen Mitarbeiterinnen die Arbeit nicht zu schaffen ist, warten wir nach wie vor auf Signale einer **nachhaltigen Verbesserung der Krankenhausfinanzierung**.

Aus diesem Grund wird der Deutsche Hebammenverband weiterhin mit ver.di und den Partnern im Bündnis „Rettung der Krankenhäuser“ aktiv bleiben.

Die Unterzeichnerinnen dieser Resolution fordern deshalb von der Regierung, dass sie die drängenden Probleme im Gesundheitssystem unverzüglich angeht. Im Einzelnen erwarten wir von den Regierungsparteien:

- **Eine nachhaltige Sicherung der Krankenhausfinanzierung**
- **Eine Anhebung der Personalzahlen in den Kreißsälen, die Geburten in Würde und Ruhe zulassen und Hebammen ein menschenwürdiges Arbeiten erlauben**
- **Eine solidarische Beteiligung der Länder und Kommunen und nicht nur eine Kostenumverteilung zu Lasten der BeitragszahlerInnen der gesetzlichen Krankenkassen**
- **Eine Beendigung der Priorisierung marktwirtschaftlicher Gesichtspunkte in der Geburtshilfe**
- **Eine wohnortnahe Versorgung in der Geburtshilfe**

Kassel, den 19. November 2008